

Kegelnde Faschisten

Schachklubs, Wandergruppen und andere Vereine waren im Deutschland der 1920er-Jahre Brutstätten des Nationalsozialismus und verhalfen Hitler zum Erfolg, wie Ökonom Hans-Joachim Voth belegt. Von Thomas Müller

Warum funktioniert eine Demokratie? Die richtigen Regeln – eine gute Verfassung – sind unzweifelhaft wichtig. Doch noch wichtiger ist, was sich in den Köpfen der Bürger abspielt. Der Franzose Alexis de Tocqueville reiste im 19. Jahrhundert durch die USA. Bei seiner Suche nach der Zauberformel für demokratische Interaktion stiess er auf das blühende Vereinswesen – auf die millionenfache, freiwillige Zusammenarbeit von Gleichgesinnten. Diese Art des Umgangs unter Gleichen – von den Soziologen Sozialkapital getauft – ist nach Ansicht vieler Sozialwissenschaftler von Tocqueville bis Putnam entscheidend für eine tolerante, demokratische Gesellschaft.

Führen reichlich Sozialkapital und eine blühende Zivilgesellschaft zur funktionierenden Demokratie – oder kann sie auch für andere Zwecke missbraucht werden? Emil Wissner lebte nach dem Ersten Weltkrieg als Buchhandlungsgehilfe in der Universitätsstadt Marburg. Er war gut vernetzt. Viele kannten ihn aus dem grössten Sportklub der Stadt, dem «Turn- und Sportverein 1860», denn dort war er schon als 19-Jähriger Mitglied geworden. Er gehörte einem weiteren Sportverein an, und mit Mitte dreissig engagierte er sich in einem Berufsverband: Beim «Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband» übernahm er das Amt des Ortsvorsitzenden. Wissner war der Archetyp des wohlintegrierten, in vielen Bereichen engagierten Bürgers. Wozu nutzte er sein reiches Beziehungsnetzwerk?

Gezielt Vereine aushöhlen

Im Herbst 1929 trat Wissner mit 44 Jahren der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei. Im März 1933, zwei Monate nach der Ernennung Hitlers zum Bundeskanzler, bewarb er sich zudem auf der Liste der NSDAP bei den Wahlen ins Stadtparlament um einen Sitz. Der frischgebackene Nazi nutzte seine Verbindungen zu den Turnern und zu den Berufskollegen, um Parteimitglieder zu rekrutieren. Die

Ortsgruppe Marburg der NSDAP wuchs schnell an. Eine historische Studie von Rudy Koshar zeigt, wie stark sich die Nationalsozialisten in den örtlichen Vereinen breitgemacht haben. Mit einer gezielten Strategie der Aushöhlung haben Parteimitglieder die Vereine für eigene Zwecke ausgenutzt.

Politik beruht auf einer sozialen Logik: Neue politische Ideen verbreiten sich in Gesprächen und in Gruppen, es braucht dazu Interaktionen zwischen Menschen, die einander kennen und ein Stück weit vertrauen. Fälle wie der von Emil Wissner sind deshalb so schlagend, weil sie eine der führenden Interpretationen des Totalitarismus in Frage stellen. Sozialtheoretiker wie Han-

«Soziale Netzwerke können eine demokratische Gesellschaft auch untergraben und zerstören.»

Hans-Joachim Voth, Ökonom

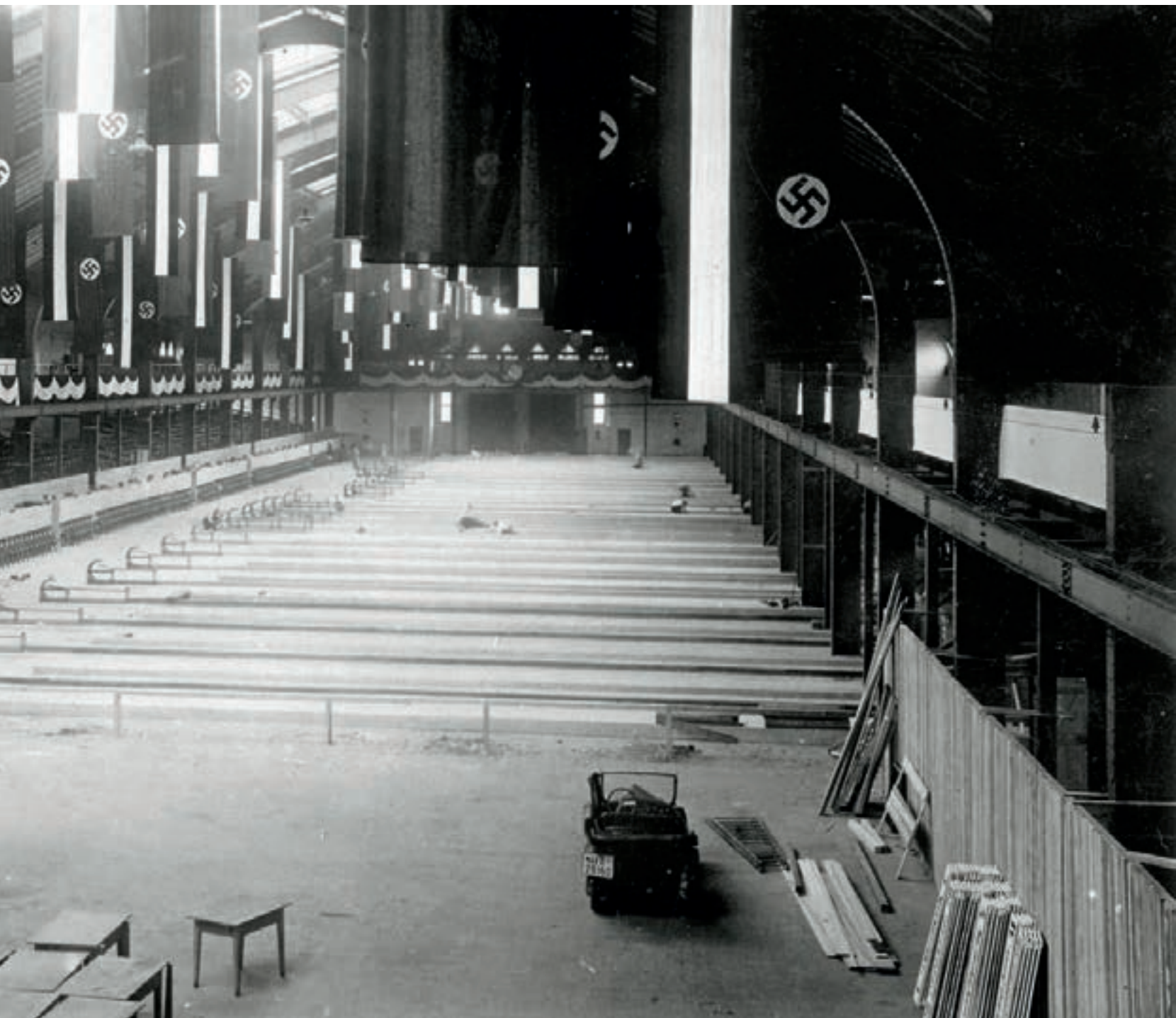
nah Arendt und José Ortega y Gasset hatten spekuliert, dass vor allem «entwurzelte» Opfer der Modernisierung den Nazis (und den Kommunisten) in die Arme liefen.

Doch wie repräsentativ ist Marburg? Wie erfolgreich warben Emil Wissner und all die anderen NSDAP-Rekrutierer in den deutschen Vereinen um Parteinachwuchs? Obwohl sich eine enorme Fülle von Forschungsarbeiten der Machtergreifung der Nazis widmet, findet sich auf diese Fragen erstaunlicherweise keine eindeutige Antwort. Quantitative Daten fehlen weitgehend. «Das empirische Fundament zum Zusammenspiel von Bürgergesellschaft und Naziherrschaft ist unglaublich dünn», stellt Hans-Joachim Voth im Rückblick fest. Der Professor für Entwicklungsökonomie am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität Zürich beschloss, zusammen mit seinem Koautor Nico Voigtländer (UCLA), das mit



Die Nationalsozialisten nutzten zivilgesellschaftliche Netzwerke

modernen ökonometrischen Methoden zu ändern. Einfach war das Unterfangen nicht. Voth machte sich auf die Suche nach Daten zur Zivilgesellschaft in den 1920er-Jahren, um sie Aufzeichnungen über die Rekrutierungserfolge der Nazis



wie Vereine erfolgreich, um sich zu etablieren. (Im Bild: die Kegelbahn des 18. Deutschen Bundeskegeln 1933)

in den einzelnen Ortsgruppen gegenüberzustellen. Beides war hindernisreich, doch unter gegensätzlichen Vorzeichen. Vereinsdaten waren keine greifbar, während bei den Parteieintritten eher die Fülle zum Problem wurde. So umfasste

das NSDAP-Parteiregister insgesamt 11,6 Millionen Mitgliederkarten. Immerhin ist ein Teil davon für Forschungszwecke digitalisiert worden, was den Zugang erleichtert. Voth konnte auf die Angaben von 38 752 Parteimitgliedern zu-

rückgreifen, die 1989 nach dem Zufallsprinzip aus der Gesamtkartei ausgewählt und in einer Datenbank erfasst worden sind.

Daraus liessen sich jene NSDAP-Mitglieder eruieren, die im relevanten Zeitraum in die Partei

eingetreten waren. Als aussagekräftige Periode identifizierte Voth jene gut sieben Jahre, in denen die Nazipartei zuerst nur sehr langsam wuchs, sich dann aber unversehens zur Grosspartei aufschwang und mit 850 000 Mitgliedern mit den Sozialdemokraten gleichzog. Dieser Prozess dauerte von 1925 bis zum 30. Januar 1933, als der greise Präsident Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler machte.

Mehr Klubs, mehr NSDAP-Anhänger

Anders sah es bei den Daten zur Zivilgesellschaft aus. Eine zentrale Stelle, die über Vereine Buch geführt hätte, gab es nicht. Doch vielerorts existierten seinerzeit Stadtverzeichnisse. Sie enthielten Listen mit unzähligen nützlichen Adressen vom Arzt über die Bankfiliale bis hin zu den örtlichen Klubs und Vereinigungen. Diese Verzeichnisse wurden verteilt und häufig in der örtlichen Bibliothek archiviert. «Wir kontaktierten von Konstanz bis Kiel alle 547 Städte mit über 10 000 Einwohnern sowie einige kleinere Gemeinden», erzählt der 47-jährige Voth. In 229 Fällen verlief die Anfrage erfolgreich.

Dass es mühseliger Kleinarbeit bedurfte, um schliesslich Daten über 22 127 Vereine zusammenzutragen, hat den Ökonomieprofessor ganz offensichtlich nicht beirrt: «Sollte man sich etwa die Mühe nicht machen und auf Evidenz verzichten, bloss weil keine Onlinedatenbank zur Verfügung steht?» Nach einem Abgleich mit dem Parteiregister zeigte sich, dass 9169 NSDAP-Mitglieder aus dem digitalisierten Datenset auf die 229 Ortschaften entfielen. Die Auswertung konnte beginnen.

Das Resultat stellt einige grundlegende Annahmen auf den Kopf. Die Studie mit dem Titel «Bowling for Fascism» zeigt: In Städten und Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Vereinen – vom Kegelklub über den Schachverein zur Wandergruppe – traten während der Beobachtungsperiode 27 Prozent mehr Personen in die NSDAP ein als in Orten mit einer unterdurchschnittlichen Vereinsdichte. Das heisst: Wo es wenig Vereine gab, schrieben sich von 1925 bis Januar 1933 pro 1000 Einwohner 27,7 Personen ins Parteibuch ein. Bei einem dichten Vereinsnetzwerk hingegen konnten die Nazis 35,2 Neuzugänge verbuchen. Auch bei Wahlen schnitt die NSDAP in Gebieten mit einer gut ausgebauten Zivilgesell-

schaft besser ab. Was bemerkenswert ist: Der beflügelnde Effekt durch die Vereine zeigte sich zu Beginn der Beobachtungsperiode viel stärker als später. Die Nazis damals waren nur eine von mehreren völkischen Parteien, die um gesellschaftliche Anerkennung rangen. Die Zivilgesellschaft verhalf ihnen also ausgerechnet in dieser kritischen Phase zu mehr Ansehen und Macht.

Diese Erkenntnisse haben Gewicht, zumal «Bowling for Fascism» die erste Studie ist, die auf detaillierten Querschnittsdaten basiert. «Unsere Resultate zeigen eine neue, dunkle Seite der Zivilgesellschaft auf», fasst Voth zusammen, «die Zivilgesellschaft ist entgegen der bisherigen Annahme nicht per se demokratiefördernd – ihre sozialen Netzwerke können eine demokratische Gesellschaft auch untergraben, sie können dazu beitragen, sie zu zerstören.»

«Highway to Hitler»

Mit einer zweiten Studie weisen Voigtländer und Voth zum ersten Mal empirisch eine weitere Kausalbeziehung nach, die zu einem Aufkeimen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland

Der Autobahnbau 1933/34 reduzierte nachweislich die Opposition gegen Hitler.

führte. Die Arbeit mit dem Titel «Highway to Hitler» untersucht, ob es Adolf Hitler tatsächlich gelungen ist, sich mit dem legendären Autobahnbau die Stimmen der Bevölkerung zu erkaufen.

Die Vermutung ist naheliegend. Doch unter Ökonomen ist die Frage umstritten, ob Klientenpolitik mit öffentlichen Geldern tatsächlich funktioniert. Nicht immer kann ein Herrscher Erfolge an der Urne verbuchen, wenn er vor den Wahlen auf Kosten der Staatskasse grosse Projekte durchzieht. Zudem beschäftigte der nationalsozialistische Autobahnbau selbst auf dem Höhepunkt der Aktivitäten nur 125 000 Arbeitskräfte – viel weniger als die ursprünglich erwarteten 600 000. Angesichts von sechs Millionen Arbeitslosen im Januar 1933 waren die direkten ökonomischen Effekte bescheiden.

Auch bei diesem Projekt war die Datenlage schwierig. Voth und sein Team stiegen in die Ar-

chive. Sie besorgten sich die Unterlagen über den exakten Baufortschritt von Hitlers Vorzeigeprojekt, dessen Bau im März 1934 zugleich an 22 Stellen angepackt wurde. Zwecks Vergleichsrechnungen zogen sie auch die Pläne der Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau aus den 1920er-Jahren hinzu, auf denen Hitlers Reichsautobahn basierte. Dann vertieften sie sich in die Daten der Wahlen für diese Bauphase aus allen 901 Landkreisen und bereiteten sie digital auf. Den Ausgangspunkt bildeten die Wahlen vom November 1933. Die Betrachtung erstreckte sich über neun Monate bis zur Volksabstimmung vom 19. August 1934, mit der sich Hitler im Nachhinein seine Machtfülle als Führer bestätigen liess.

Geschwächte Opposition

«Bislang liess die Forschung solche Urnengänge links liegen, weil die Ergebnisse nur unter Druck zustande gekommen waren», sagt Voth. Tatsächlich könne man die absoluten Zahlen nicht für bare Münze nehmen. Das sei auch nicht die Absicht gewesen: «Uns interessierten die Veränderungen bei den oppositionellen Stimmen und ihre geografische Verteilung.» So verzeichnete 1934 beispielsweise Aachen 24 Prozent Nein-Stimmen, Nürnberg aber nur 4,6 Prozent. Anhand der erstmals digitalisierten Wahldaten liess sich nachweisen, dass der Autobahnbau die Opposition gegen Hitler wirksam reduzierte. In Gegenden, in denen während der neun Monate an der Autobahn gebaut wurde, schwenkte jeder zehnte Hitler-Gegner um und gab seine Stimme für die NSDAP ab. «Der Rückgang der Opposition war um 50 Prozent stärker als in Landkreisen fernab des Autobahnbaus», hält Voth fest.

Dabei spielten auch zufällige Faktoren mit. Der allgemeine zyklische Aufschwung liess die Zahl der Arbeitslosen bis zum Sommer 1934 auf 2,5 Millionen sinken, das Vertrauen in die Wirtschaft erstarkte. Das nutzte Goebbels' Propagandamaschinerie geschickt, um die Autobahn zum Beweis emporzustilisieren, dass das Regime die Probleme anpackt und das Land aus der Stagnation führt.

Kontakt: Prof. Hans-Joachim Voth, voth@econ.uzh.ch